

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Führungsschwach in die Zukunft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1974) : Führungsschwach in die Zukunft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 1, pp. 4-5

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134627>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Führungsschwach in die Zukunft

Die Ölkrise hat wie ein Schock gewirkt. Doch wie es kalte Duschen so an sich haben, die ungewollt und überraschend kommen, ist der Effekt unterschiedlich. Manche sehen in der Energieknappheit einen heilsamen Zwang, den bisherigen politischen und wirtschaftlichen Schlendrian zu beenden. Sie meinen, sowohl in der Verteilungspolitik als auch in der Reformpolitik müsse nun endlich allen klarwerden, daß auch in den „Überflußgesellschaften“ des Westens ökonomisch gedacht und genau kalkuliert werden muß. Andere können jedoch nach wie vor nur den Splitter im Auge des Bruders erkennen. So jene Gewerkschaftler, die den Ölkonzernen vorwerfen, wiederum die Situation nur zur Gewinnmaximierung ausgenutzt zu haben. So aber auch jene Fans der Marktwirtschaft, welche die SPD beschuldigen, die Energiekrise ohne Not für die Einführung einer dirigistischen Wirtschaftsordnung mißbrauchen zu wollen. Mit der Polarisierung wächst jedoch auch das Mißtrauen in unserer Gesellschaft. Wir haben daher nie eine klare und überzeugende Führung nötiger gehabt als heute, eine Führung, die ausreichend Durchblick und Durchsetzungsfähigkeit besitzt. Doch ist eine solche Führung schon deshalb da, weil sie noch dringender als bisher gebraucht wird?

Im vergangenen Jahr hatten sich die Symptome weiter vermehrt, die Führungsschwächen erkennen ließen. Mit ihnen wuchs die Zahl der Kritiker, die dies ins öffentliche Bewußtsein brachten. In dieser Hinsicht war besonders der Bundeskanzler selbst sowohl innerhalb wie außerhalb seiner Partei unter Beschuß geraten. Seinen Kritikern, die ihn neben innenpolitischer Uninteressiertheit vor allem der Entscheidungsschwäche bezichtigten, war dabei selten bewußt, daß sie beim Kanzler eine Eigenschaft bemängelten, die unserem Establishment schlechthin eigentümlich ist und die auch viele Kritiker bei sich selbst als Kennzeichen wahrhaft demokratischer Gesinnung zu preisen pflegen. Denn ein guter Demokrat von heute horcht nach allen Seiten und schwimmt mit dem Strom der Zeit; aber er entscheidet nicht mehr selbst nach bestem Wissen und Gewissen.

Man hat sicherlich nicht ganz zu Unrecht einen Zusammenhang zwischen der überall feststellbaren Führungsschwäche des heutigen Establishment und der Tatsache gesehen, daß seit einigen Jahren mit den 40- bis 55jährigen bei uns in Westdeutschland die Generation der ehemaligen Hitlerjungen in die Schaltstellen der Macht eingerückt ist, eine Generation also, die im entscheidenden Alter eine autoritäre Erziehung erfahren hat und der später mit dem Hinweis darauf häufig ein böses Gewissen oktroyiert worden ist. Daraus wären sicherlich eine verstärkte Entscheidungsunsicherheit und Hilflosigkeit gegenüber Ansprüchen von unten und gegenüber sich revolutionär gebärdender Kritik von links abzuleiten. Doch scheint uns eine solche Begründung, hinter der die „Theorie von der spezifischen Rolle der politischen Generation“ (Lipset) steht, für sich allein nicht auszureichen. Sie erklärt nämlich nicht, weshalb ein ähnliches Erscheinungsbild auch in allen anderen westlichen Wohlstandsgesellschaften, wenn auch vielleicht nicht überall in gleicher Intensität, zu beobachten ist.

Zur Erklärung sind also ergänzende Faktoren erforderlich, die einheitlich für alle „Überflußgesellschaften“ zutreffen. Dabei ist u. E. zunächst davon auszugehen, daß der Wohlstand in diesen „außengeleiteten“ Gesellschaften Menschen bis zur Überdrüssigkeit selbstverständlich geworden ist. Während die Völker des Ostens und Südens begehrt auf den privaten Massenverbrauch des Westens blicken, schwindet sein Ansehen bei uns immer mehr, weil man sich immer weniger vorstellen kann, wie es sich ohne ihn lebt. Bezeichnenderweise bedeutet dies jedoch nicht, daß man gegenüber der Einkommensverteilung gleichgültiger geworden ist.

Hat sich aber erst einmal eine solche Einstellung in den Gemütern festgesetzt, so macht sie blind gegenüber der Bedeutung der Spielregeln und den sonstigen Bedingungen, von denen der Wohlstand abhängt. „Law and Order“, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft erscheinen dann als überflüssig; und wem sie lästig sind, für den werden sie sogar bekämpfenswert. Das gleiche gilt auch für alle Macht- und Einkommensunterschiede, gerade soweit diese notwendig mit Qualitäts- und Leistungsunterschieden aus der Wahrnehmung unvermeidlicher Entscheidungs- und Kontrollfunktionen verbunden sind. Totale Gleichheit und unkontrollierte Freiheit erscheinen dann immer mehr als Ziele, denen eine Gesellschaft sich ungefährdet nähern kann.

Macht sich eine Führung – und das gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche – eine solche irrationale Grundstimmung zu eigen oder gibt sie ihr auch nur nach, so kann sie nicht mehr führen und sehr bald nicht einmal mehr vage steuern. Sie wird selbst zum Spielball von Kräften, die unübersehbar werden und jede rationale Kalkulation, die übergeordnete Ziele im Auge hat, unmöglich machen. So ist das Establishment allzu bald nur noch damit beschäftigt, sich im Sattel zu halten und mit fragwürdig vorläufigen Entscheidungen über die nächste Runde zu kommen.

Diese Situation trat bei uns bereits ein, als die Politiker von irrationalen Kräften eines Pseudoprogressivismus mitbestimmt und ohne Übersicht über die vorhandenen Möglichkeiten in kostspielige Fehlreformen hineingetrieben wurden. Ökonomisch wirkte sich dies zunächst nur in einer Beschleunigung der schleichenden Inflation aus, die uns noch nicht unter die Haut ging. Erst die durch die Ölkrise gleichzeitig mögliche Bedrohung durch verstärkte Inflation und Arbeitslosigkeit macht nun auch im ökonomischen Bereich sichtbar, daß wir auf dem falschen Wege sind. Ob die Ölkrise und ihre Folgeerscheinungen allerdings ausreichen werden, um uns von unseren Illusionen, in unserer Wohlstandsgesellschaft könne man unbeschadet gegen Gesetzmäßigkeiten verstoßen, befreien werden, das bleibt zweifelhaft. Es bleibt auch zweifelhaft, ob Not überhaupt in der Lage ist, ein orientierungs- und führungsschwaches Establishment plötzlich zur Führung zu befähigen, ein konsumverwöhntes Bürgertum von restriktiven Unvermeidlichkeiten zu überzeugen und falsche Propheten von ihrem Irrglauben zu befreien.

Die Tatsache, daß unsere Gewerkschaften wider besseres Wissen selbst bei einem Nullwachstum noch auf ihrer expansiven Lohnpolitik beharren und nicht nur den Sozialpartner, sondern auch eine Bundesregierung mit einem sozialistischen Kanzler nur in alter Manier klassenkämpferisch anzubellen wissen, kann solche Zweifel nur bestätigen. Offenbar ist die Gewerkschaftsführung – unter dem Druck links-egalitärer Vorstellungen und drohender wilder Streiks – nicht mehr Herr im eigenen Haus. An ausreichenden volkswirtschaftlichen Kenntnissen kann es ihr kaum fehlen. Aber es stimmt genau so wenig optimistisch, wenn auch an der Ölkrise wieder deutlich wird, daß marktwirtschaftliche Dogmatiker eine Versorgungskrise „um jeden Preis“ nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpfen wollen, die weder kurzfristig noch langfristig allein dafür ausreichen.

Wie groß muß also eine Not werden, um als heilsames Mittel wirken zu können? Oder ist es wahrscheinlicher, daß wie Überfluß auch Not nur destruktiv auf eine Bevölkerung wirkt, der man seit 25 Jahren eine Führung schuldig geblieben ist? Denn Führung ist ohne den rechtzeitigen und dauernden Mut zur illusionslosen Unpopularität nicht möglich, weil man sonst nicht imstande ist, wahrscheinliche Gefahren vorher zu bedenken und ihnen rechtzeitig vorzubeugen.